

Doris Fürstin v. Sayn-Wittgenstein
Mitglied des Schleswig-Holsteinischen Landtages

18. November 2019

PRESSEMELDUNG 53/2019

„Wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen“

Die Heuchlerei und Doppelmoral der Altparteien

In einem Video, das ich am 5.11.2019 auf Facebook veröffentlicht habe, kritisiere ich die zunehmende Einengung der Meinungsfreiheit und frage, wann wieder Lager eingerichtet werden.

Meine Furcht, es könne wieder Lager für Dissidenten geben, ist nicht unberechtigt: Bereits am 09. Oktober 2018 veröffentlichte „Compact-online“ eine Meldung, wonach der LINKEN-Abgeordnete Himpenmancher seinen Wahlkreis von integrationsunwilligen Rechtsextremen säubern wolle und eine „zentralisierte Unterbringung für Neonazis für notwendig“ erachte. Dieser Vorschlag wunderte mich nicht, sieht die LINKE sich doch selbst als Nachfolgepartei der SED und wer ein gutes Gedächtnis hat, der weiß, daß in der DDR u.a. Dissidenten verfolgt und ihre Kinder zwangsadoptiert wurden. An den Folgen leiden wir ja noch heute.

Ausgerechnet mit dieser Nachfolgepartei der SED stellt die CDU in verschiedenen Bundesländern die Regierung.

Es spricht deshalb Bände, wenn der CDU-Landtagspräsident verlangt, ich solle mein Mandat zur Verfügung stellen und der Innenminister sekundiert, ich gehöre nicht in den Landtag.

Wie der Landtagspräsident weiter geäußert haben soll, sei ein zwangsweiser Entzug meines Mandates nicht möglich. Da habe ich ja nochmal Glück gehabt. - Offensichtlich hat man sich aber im Landtagspräsidium schon Gedanken dazu gemacht, wie sonst wäre seine Äußerung zu erklären?

Nun: Im Jahr 2016 hatte der SPD-Vize Stegner zu Gewalt gegen die AfD aufgerufen. Ein unerhörter Vorgang in einem demokratisch verfaßten Land. Vom Landtagspräsidenten hörte man hierzu nichts und auch von Herrn Grote sah man keinen Protest.

Nach dem Gewaltaufruf von Herrn Stegner wurde mein Auto von der Antifa beschädigt. Als Opfer von politischer Gewalt bin ich empört, daß er es wagt, wegen eines Videos, in dem ich mich als Demokratin von jeglicher Gewalt distanzieren, eine Strafanzeige wegen Volksverhetzung zu erstatten.

Offenbar ist in Schleswig-Holstein linke Gewalt gegen Menschen in Ordnung – jedenfalls, wenn es die richtigen trifft.

Wenn man sich weiter vor Augen hält, daß Herr Stegner sogar im Parlamentarischen Kontrollgremium, das den Verfassungsschutz kontrollieren soll, sitzen darf, kann einem angst und bange werden.

Die Reaktion des politischen Gegners auf mein kleines Video ist der beste Beweis dafür, daß ich ins Schwarze getroffen habe.